

stoffabgabe ergibt wird, kann erst beurteilt werden, wenn die Urteilsgründe vorliegen.

196. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Hat sich die Bundesregierung mit den betreffenden Landesregierungen in den Gesprächen bezüglich der Entsorgung von Munitionsaltlasten in der deutschen Nord- und Ostsee darauf verständigt, dass sich die Länder an den zukünftigen Kosten beteiligen, und wenn ja, wie weit sind die Gespräche diesbezüglich fortgeschritten?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Dr. Bettina Hoffmann
vom 7. Juni 2023**

Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Steffi Lemke, hat ihre Amtskolleginnen und -kollegen aus den Küstenbundesländern am 22. Mai 2023 zu einem virtuellen Austausch zum Thema Finanzierung der Bergung von Munitionsaltlasten aus Nord- und Ostsee ab 2026, d. h. nach Auslaufen der aktuell allein bundeseitig getragenen Finanzierung des Sofortprogramms, eingeladen. Sie hat in diesem Rahmen die Forderung der Bundesregierung aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP hinsichtlich einer Beteiligung der Länder an der Finanzierung der Daueraufgabe vorgetragen. Über die Notwendigkeit, dass Bund und Länder zur Daueraufgabe beitragen, besteht weitestgehend Konsens.

Im nächsten Schritt werden unterschiedliche Optionen zur Ausgestaltung der Finanzierung erörtert werden.

197. Abgeordneter
Alexander Engelhard
(CDU/CSU)
- Welche Untersuchungen stellt die Bundesregierung an vor dem Hintergrund, dass laut dem PFAS-Beschränkungsossier [PFAS = per- und polyfluorierte Chemikalien] für viele Anwendungen – zum Beispiel die der Gruppe der Fluorpolymere – technisch und wirtschaftlich geeignete Alternativen nicht verfügbar seien (siehe Annex XV Restriction Report, S. 114), bzw. gibt es bereits Erkenntnisse des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) darüber, dass alternative Stoffe mit gleichwertigen Stoffeigenschaften für diese Anwendungen innerhalb der Übergangszeiträume ersetzt werden können (bitte nach Anwendungsfeld aufschlüsseln)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Dr. Bettina Hoffmann
vom 7. Juni 2023**

Im Rahmen der Vorbereitung eines Dossiers für die Einleitung eines Beschränkungsverfahrens nach der EU-Chemikalienverordnung REACH